DER STANDARD

***



Pensionisten als Politik-Watchdogs
INLAND Seite 9

Sind die Krawalle der Jugend schon ein Aufstand?
KULTUR Seite 20

Annemarie Wilhelm läuft im Treppenhaus
SPORT Seite 11



DONNERSTAG, 26. NOVEMBER 2026 ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG — HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER € 3,60 | **Nr. 11.465**

Ukraine-Gipfel im Schatten von Kriegsopfern



AFP / SERHII OKUNEV

Dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine fallen immer mehr Zivilisten zum Opfer. Das Bild zeigt das Begräbnis eines elfjährigen Mädchens und seiner Mutter in der Siedlung Dymer nahe der Hauptstadt Kyjiw. Ein Waffenstillstand ist weiterhin nicht in Sicht. In Brüssel beginnt heute ein EU-Sondergipfel zum Mehrjahresbudget und zur weiteren finanziellen Unterstützung der Ukraine. Österreich ist mit Kanzler Christian Stocker und Europaministerin Claudia Bauer (beide ÖVP) vertreten. **Seiten 4, 5, Kommentar Seite 24**

„Nur Ja heißt Ja" soll als Grundsatz ins Sexualstrafrecht

Regierung will auch strengere Strafen für Gruppendelikte und sexualisierte Deepfakes

Wien – Die Regierung hat sich auf die Eckpunkte einer Sexualstrafrechtsreform geeinigt. Darin enthalten ist die Umsetzung des Konsensprinzips „Nur Ja heißt Ja", teilte Frauenministerin Eva-Maria Holzleitner (SPÖ) nach dem Ministerrat am Mittwoch mit. Kommen sollen außerdem schärfere Regeln bei Gruppendelikten sowie ein konsequentes strafrechtliches Vorgehen gegen sexualisierte Deepfakes und Aufnahmen sexueller Gewalt. Ein Gesetzesentwurf soll bis Jahresende ausgearbeitet werden.

Gewaltschutz sei für die Bundesregierung eine Priorität, betonte Holzleitner anlässlich der am Mittwoch gestarteten internationalen Kampagne „16 Tage gegen Gewalt an Frauen und Mädchen". Mit dem Grundsatz „Nur Ja heißt Ja" würden auch Betroffene besser geschützt, die bei Übergriffen aus Schock erstarren, sagte Justizministerin Anna Sporrer (SPÖ).

Digitale Gewalt erzielt enorme Reichweiten und ist eine neue große Bedrohung für Frauen. Strafrechtliche Sanktionen allein würden nicht ausreichen, warnt die Journalistin und Netzpolitikexpertin Chris Köver im Interview mit dem STANDARD. Auch Ermittlungsbehörden müssten besser geschult werden, damit entsprechende Anzeigen ernst genommen und konsequent verfolgt werden. (red)

THEMA Seiten 2 und 3
Kommentar Seite 24

HEUTE MIT tele

Neuer ÖBB-Chef

Julian Jäger wechselt vom Flughafen Wien in den ÖBB-Vorstand. Der neue Bahnchef erbt Verbindlichkeiten in Milliardenhöhe. **Seite 13**

Strache vor Gericht

Der Prozess zur Causa Casinos gegen Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache (FPÖ) hat begonnen. Er ist sich keiner Schuld bewusst. **Seite 16**

USA kündigen neue Zölle an

EU-Obergrenze von 15 Prozent soll eingehalten werden

Washington – Die US-Regierung will neue Zölle gegen die Europäische Union und 13 weitere Handelspartner verhängen und begründet dies mit strukturellen Überkapazitäten in der Industrie. Einem hochrangigen US-Regierungsvertreter zufolge richten sich die Pläne neben der EU unter anderem gegen die Schweiz, China, Japan und Südkorea. Für die EU werde dabei jedoch eine in einem Handelsabkommen vereinbarte Zollobergrenze von 15 Prozent eingehalten, hieß es. Auf chinesische Güter sollen zusätzlich 20 Prozent fällig werden. (red) **Seite 17**

Länderbudgets ufern aus

Bundesregierung muss Staatsdefizit senken

Wien – Mehrere Bundesländer planen neue Schulden in Milliardenhöhe. Finanzminister Markus Marterbauer (SPÖ) muss zwar das Staatsdefizit 2028 drücken, um das EU-Defizitverfahren zu beenden, hat aber den Ländern einen relativ großen Spielraum eingeräumt. Die Grünen kritisieren, dass nun etwa in der FPÖ-regierten Steiermark dieser Rahmen zu stark überzogen werde. Die Bundesregierung dürfe die Länderbudgets nicht weiter als Randnotiz behandeln, sagt Jakob Schwarz, Budgetsprecher der Grünen. (red) **Seite 14, Kommentar Seite 24**

ZITAT DES TAGES

„Die Kulturpolitik müsste aufwachen und verstehen, dass Wien mit so einem großartigen Kulturangebot einen gemeinsamen Moment benötigt."

Kunstkurator **Hans Ulrich Obrist**
Seite 19

STANDARDS

Sport 11, 12
Rätsel, Sudoku 14
Finanzen & Märkte 16, 17
GeldStandard 18
Theaterwoche 21
TV, Switchlist 22
Kommentar der anderen 23
Wetter 21

Westen:	Süden:	Norden:	Osten:
-1 bis 2°	0 bis 2°	-1 bis 1°	-1 bis 1°

Unbestechliche Wächter

RAU

„Regierung kostet uns 11,3 Millionen" und „11,1 Millionen Euro: Regierung ist noch teurer geworden". In schönem Gleichklang – wenn auch mit leicht unterschiedlichen Summen – teilen uns die beiden Krawall-Gratiszeitungen *Oe24* und *Heute* mit, was uns arme Steuerzahler die aus ÖVP, SPÖ und Neos bestehende Koalitionsregierung so kostet. Wahnsinn!

Oe24 schreibt dazu: „Verlässlich wie ein Schweizer Uhrwerk fragen die Oppositionsparteien FPÖ und Grüne alle drei Monate (jeweils getrennt voneinander) nach den Personalkosten der Regierung."

Ja, da muss man aber noch eine Kleinigkeit dazu sagen: Die rund elf Millionen gelten für ein ganzes Quartal und nicht nur für gierige Minister(innen) und Staatssekretär(innen), sondern da sind alle 404 Kabinettsmitarbeiter drin.

Woher der Wind weht, kann man kleinen Nebenbemerkungen entnehmen: „Teuerstes Mitglied ist – bei Mini-Output – SPÖ-Vizekanzler Babler", schreibt *Heute*. *Oe24* hat zwar den Bundeskanzler vorn („Stocker holt sich Platz 1 von Babler zurück"), aber der Hintergrund ist ident: Babler hat uns nicht die Zustellförderung für unsere Entnahmeboxen geben wollen.

Wohl dem Land, das solche unbestechliche Wächter über die Verschwendung der Regierung hat! Da fehlt aber noch was. Wo bleibt die Zusatzinfo: Kickl tobt über Luxusgagen der Systemparteien!



Magali Reus, *Clementine (Spreads)*, 2026, Courtesy der Künstlerin und Privatsammlung, HK, Foto: Eva Herzog

Magali Reus: Tenant
Kunsthalle Wien
Museumsquartier

Heute
18:00 Artist Talk
19:00 Eröffnung